

"Wachsende Unruhen in Frankreich und Italien" in Süddeutsche Zeitung (22. November 1947)

Legende: Am 22. November 1947 berichtet die deutsche Tageszeitung Süddeutsche Zeitung von den Aufständen und Streiks, die das öffentliche Leben in Frankreich und Italien lahmlegen, und analysiert die Rolle der Kommunistischen Partei Italiens und Frankreichs, denen man damals vorwarf, die Unruhen angezettelt zu haben, um an die Macht zu gelangen.

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. FRIEDMANN, Werner; GOLDSCHAGG, Edmund; SCHÖNINGH, Dr. Franz Joseph; SCHWINGENSTEIN, August. 22.11.1947, n° 98; 3. Jg. München: Süddeutscher Verlag.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/"wachsende_unruhen_in_frankreich_und_italien"_in_suddeutsche_zeitung_22_november_1947-de-f832d3d9-05c6-406b-ae32-981581326bf0.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 15/09/2012

Kommunistischer Vorstoß in Westeuropa

Wachsende Unruhen in Frankreich und Italien

Léon Blum und de Gasperi als „Wellenbrecher“ / Verstärkung der französischen Armee

(SZ) Die von den Kommunisten in Frankreich und Italien entfachten Streiks und Unruhen sind nicht mehr als Einzelaktionen zu werten, sondern machen den Eindruck eines planmäßigen Vorgehens. Léon Blum kennzeichnete in der französischen Kammer diese Sachlage mit der Feststellung, daß der internationale Kommunismus der französischen Demokratie öffentlich den Krieg erklärt habe. Im gleichen Sinne bezeichnete Kardinal Schuster, der Erzbischof von Mailand, die Unruhen in Italien als Teile eines im voraus festgelegten Planes, der die aufbauende Arbeit der Regierung unmöglich machen und den Kommunisten zur Macht verhelfen solle.

Paris (UP) – Staatspräsident Vincent Auriol beauftragte den jetzt 75jährigen französischen Sozialistenführer Léon Blum, eine neue französische Regierung zu bilden und zum vierten Male die Ministerpräsidentenschaft zu übernehmen. Blum hatte bereits vorher mit den Sozialisten, den Volksrepublikanern (MRP), der unabhängigen Rechten und den Radikalsozialisten Herriots über die Bildung eines Kabinetts der Mitte und der „nationalen Sicherheit“ verhandelt, um gegen die Kommunisten sowohl, als auch die Anhänger de Gaulles eine „dritte Macht“ zu bilden. Der Generalsekretär der Sozialistischen Partei Guy Mollet erklärte zum Regierungsprogramm Blums, daß er die Aufbesserung der Gehälter im ganzen Lande unter Erhöhung des Mindestlohnes, Blockierung der Konten und Löhne für eine bestimmte Zeit, Angleichung der Agrar- und Industriepreise, Einführung von Festpreisen und Streikentscheidungen der Gewerkschaften nur in geheimer Abstimmung vorschlagen werde. Eine Regierung Blum sei die letzte Chance, Frankreichs Position in Europa zu halten.

Ministerpräsident Léon Blum wird vor der Nationalversammlung die Vertrauensfrage zu seinem Regierungsprogramm stellen, zu dessen Billigung er nach der französischen Verfassung die absolute Mehrheit von mindestens 310 Stimmen benötigt. Die Kommunisten haben bereits erklärt, daß sie den Kampf gegen eine Regierung Blum genau so weiterführen werden wie gegen die Regierung Ramadier. Gut unterrichtete Kreise geben dem neuen Ministerpräsidenten eine Erfolgchance von ungefähr 50%. Eine Beteiligung Paul Reynauds an einem Kabinett Léon Blum wird von politischen Beobachtern für unwahrscheinlich gehalten, da Reynaud für eine große wirtschaftliche Freiheit eintritt und gegen die von Blum vorgeschlagene Regierungskontrolle Stellung genommen hat. Im Zusammenhang mit einem Kabinett der Mitte unter Einschluß gemäßigter rechter Splittergruppen, von der französischen Presse als „dritte Macht“ bezeichnet, wurde der ehemalige Premierminister und Außenminister Pierre Flandin als Kandidat für eine Regierungsbeteiligung bezeichnet. General de Gaulle verneinte mit aller Schärfe das Bestehen einer dritten Macht zwischen den Kommunisten und seiner Partei, da keine Koalition oder Gruppe diese Macht darstellen könne. Sollte Blum das Vertrauen nicht erhalten, so bleibt die Möglichkeit einer Regierung unter dem gemäßigten rechten ehemaligen Ministerpräsidenten Paul Reynaud oder dem Radikalsozialisten Herriot, dem Präsidenten der Nationalversammlung, weiter bestehen.

Die Kommunistische Partei Frankreichs forderte in einem Aufruf an das französische Volk, wie Dena-INS meldet, sich in „einer Aktion zur Beschleunigung der Rückkehr der Kommunistischen Partei an die Macht“ zu vereinigen. Als Gegenmaßnahme hat der zurückgetretene Ministerpräsident Paul Ramadier, der vorläufig noch die Amtsgeschäfte weiterführt, in einem Aufruf über den Rundfunk einen Teil der Rekruten des Jahrganges 1947 ausnahmsweise einberufen, nachdem die Regierung in Kenntnis gesetzt wurde, daß die Kommunisten ihre Zellen zum Wochenende mobilisieren wollen. Damit wird die Armee um 140 000 Mann verstärkt.

Die französische Eisenbahnergewerkschaft hat beschlossen, den Generalstreik auszurufen, falls eine sofortige Lohnerhöhung um 20% nicht gewährt wird. In Marseille legten die Eisenbahner bereits die Arbeit nieder. In Paris streiken insgesamt 200 000 Metallarbeiter; mit einem Generalstreik für das Pariser Gebiet wird gerechnet. Die Kohlenförderung im Norden des Landes ist in völligen Stillstand gekommen. Die

französischen Häfen liegen ebenfalls still. Die Regierung hat die Truppen in allen Gebieten verstärkt und mit der Durchführung der lebenswichtigsten Arbeiten beauftragt. Insgesamt streiken über eine halbe Million Menschen in ganz Frankreich.

Zusammenstöße in Süditalien

Rom (AP) – Der italienische Ministerpräsident Alcide de Gasperi beschuldigte auf einem Kongreß der Christlich – Demokratischen Partei in Neapel den Leiter der Linksozialisten Pietro Nenni und den Kommunistenführer Palmiro Togliatti, einer ausländischen Macht zu dienen und den Bürgerkrieg zu provozieren. Sie hätten vergessen, so führte er aus, daß sie in erster Linie Italiener seien, um den ihnen liebgewordenen Begriff der Internationale zu verteidigen. Das „kommunistische Manifest“ gegen ihn betrachte er als eine Kriegserklärung an die Regierung, um Italien zum Sturm auf die Barrikaden der Demokratie reif zu machen. Zur Ablehnung des Marshall-Planes durch die Kommunisten erklärte er, sie wollten ihn daran hindern, Italien die nötige Hilfe für den Wiederaufbau zu geben. Die Anschuldigung, seine Regierung sei dem amerikanischen Imperialismus und dem Vatikan untertan, wies er zurück. Laut UP führte de Gasperi mit der Republikanischen Partei und den Rechtssozialisten unter Giuseppe Saragat Besprechungen über die Erweiterung seines Einparteien-Kabinetts zur Stärkung gegenüber den Kommunisten.

Die **a u s g e d e h n t e n U n r u h e n** im ganzen Lande halten weiter an. In der Provinz Siena und in Bari wurde der Generalstreik ausgerufen; es kam zu Straßenschlachten zwischen Demonstranten und Polizei. In Apulien, wo 2000 Landarbeiter streiken, kam es zu schweren Zusammenstößen, als die Kommunisten versuchten, sich dreier Städte zu bemächtigen. Starke Infanterie- und Polizeiverbände befinden sich unter Einsatz von Panzerwagen im Kampf mit den Demonstranten. Die Unruhen griffen auch auf Livorno und Sizilien über. Diese Zustände werden offiziell bereits als „totale Anarchie“ bezeichnet.

Von der Sozialistischen Partei Italiens wurde laut BBC der Antrag des Parteivorsitzenden Nenni abgelehnt, die Partei solle bei den Parlamentswahlen nächstes Jahr wie bisher in enger Zusammenarbeit mit den Kommunisten auftreten.